Europa als politischer Gestaltungsraum : Grenzen, Migration und soziale Kämpfe aus südeuropäischer Sicht

Autor(en): **Bernardi, Claudia**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **33 (2014)**

Heft 65

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652391

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Claudia Bernardi

Europa als politischer Gestaltungsraum

Grenzen, Migration und soziale Kämpfe aus südeuropäischer Sicht

Die gegenwärtige Krisensituation gibt Anlass zu unterschiedlichen Interpretationen. Die einen verstehen die Krise als fortschreitende Rezession, andere bezeichnen sie sogar als eine zweite Grosse Depression.[1] So oder so erweist sich die Krise als dauerhaft. Die supranationalen Machtzentren und Finanzinstitutionen stabilisieren und verlängern sie mit den Mitteln des Schuldensystems und der Austeritätspolitik. Es handelt sich nicht einfach um eine Rezessionsperiode, auf die eine Phase der Wiederbelebung im günstigen Wachstumsumfeld folgen wird; es geht vielmehr um eine tief greifende Neustrukturierung des Kapitalismus, und als Experimentierfeld für dieses Vorhaben dient offenbar Europa.

Als Mutterland des Kolonialismus mit unbeschränkter Souveränität ist der Alte Kontinent heute durchzogen von fortgeschrittenen Experimenten wie zum Beispiel der Finanzialisierung aller Lebensbereiche, von neuen Formen der Wertschöpfung, der Demontage von Rechten und Wohlfahrt, von scharfen Attacken auf die Bewegungsfreiheit der Personen und von Initiativen zur Hierarchisierung der Staatsbürgerschaft. Die Nationen sind durch eine wachsende Zahl von Abkommen und Verträgen in ein komplexes ökonomisches System eingebunden, dessen neoliberale Grundstruktur sich auf die freie Güterzirkulation und ausdifferenzierte soziale Hierarchien abstützt und dessen Ziel es ist, seine Spitzenposition im globalen Norden zu behaupten. Aber dieser Strukturwandel verlief nicht linear, da die EU weder eine Föderation noch ein geeintes politisches Subjekt ist: Sie ist ein Feld für disparate Strategien, welche das Territorium nicht als einen einheitlichen politischen Raum verstehen. Marktkräfte und die von der EU verfolgten Politikprogramme haben dazu geführt, dass der politische Raum in verschiedene unzusammenhängende Zonen zerfallen ist, was eine differenzielle Regulierung von Bevölkerungen ermöglicht; diese können an globale Kapitalkreisläufe angeschlossen oder davon abgehängt werden.[2] Die besondere politische und wirtschaftliche Struktur der EU hat, ausgehend von den Maastricht-Verträgen bis zur Einführung des Euro, die nötigen Handlungsspielräume geschaffen für die «kommissarische Diktatur» der Troika, die mit dem Einverständnis und unter der führenden Rolle Deutschlands[3] eine finstere Periode der Arbeitslosig-

keit, der Verschuldung und Verarmung eingeleitet hat, womit die Länder des nördlichen Mittelmeerraums und des europäischen Ostens konfrontiert sind.[4] Aus diesem Blickwinkel stellt sich Europa heute als Problemzone dar, in der die tradierte Idee der Demokratie zu einem rhetorischen Slogan von Institutionen verkommen ist und populistische Kräfte eine konservative Rückkehr zur bornierten nationalen Selbstbestätigung einleiten möchten.

In dieser komplizierten Situation besteht die erste Herausforderung darin, die gegenwärtige Gestalt Europas zu verstehen: die räumliche Ausdehnung und innere Differenzierung, die veränderte Zusammensetzung der mobilen Bevölkerung und vor allem die Ansprüche und Praktiken der Kämpfe, die laufend – selbst wenn sie wenig sichtbar sind – neue Lebensperspektiven und wechselseitige Beziehungen zwischen Bevölkerungsgruppen entstehen lassen.

Die Stellung Europas in der postkolonialen Welt

Die globale Krise ist ein unumkehrbarer Prozess in der Transformation des Kapitalismus, der territoriale Veränderungen nach sich zieht und in ihnen zum Ausdruck kommt. In Anspielung auf eine Formulierung Fernand Braudels sollten wir «die vielen Europas diesseits des einen Europa»[5] in Betracht ziehen. Tatsächlich ist Europa nicht deckungsgleich mit der EU noch mit ihren Grenzen; ganz im Gegenteil überschreitet Europa die formale Abgrenzung und die Grenzziehungen der EU, es ist ein heterogen strukturiertes Gebilde von unterschiedlichen koexistierenden europäischen Bezugsräumen. Europa ist als Raum erst im Entstehen begriffen und bewegt sich dabei im Spannungsfeld zwischen der postkolonialen Übergangsphase und der aktuellen Vervielfachung seiner Einheiten.

Zum einen sind im postkolonialen Europa die Randregionen – die historischen kolonialen Peripherien – in die metropolitanen Zentren[6] eingedrungen, da Bewegungen von MigrantInnen den ihnen vom kolonialen Machtverhältnis zugeschriebenen Platz nicht akzeptierten und sich entschlossen, die Grenzen der EU zu überschreiten, wenn nötig auch illegal. Unter diesem Fokus verstehen wir, dass Migration nicht nur durch Push- und Pull-Faktoren reguliert wird, sondern vor dem Hintergrund der globalen und kolonialen Entwicklung des zeitgenössischen Kapitalismus betrachtet werden muss.[7] Zum anderen werden MigrantInnen einem abgestuften Verfahren der Inklusion unterzogen, das die rechtliche Fragmentierung des europäischen Raums widerspiegelt und damit im übertragenen Sinne die Trennung zwischen kolonisierten Untertanen und dem Bürger-Kolonisten reproduziert.[8] Diese Trennung zwischen BürgerInnen und illegalen MigrantInnen bestärkt die Errichtung von immateriellen Grenzen – mit durchaus harten materiellen Folgen – an den Rändern des

EU-Raums, der durch einen hierarchisch abgestuften Bürgerschaftsstatus und laufend erweiterte Grenzbefestigungen konstituiert wird.

Die Trennung verstärkte sich insbesondere nach dem «arabischen Frühling», als eine starke Migrationsbewegung aus den Ländern des südlichen Mittelmeerraums in Richtung der EU einsetzte. Faktisch hat das Dublin-System einen ausgeklügelten Filter gegen die interne Mobilität von «illegalen» MigrantInnen eingerichtet mit dem Ziel, die Immigration in die EU zu regulieren, indem durch wiederholte Abschiebung es den Ankommenden verunmöglicht wird, das Ankunftsland zu verlassen. Während das Schengen-System eine zeitlich befristete EU-interne Migration zulässt, stellt somit das Dublin-System sicher, dass wenig qualifizierte ArbeiterInnen, die aus den externen Peripherien einwandern, innerhalb der internen Randgebiete des Kontinents festgehalten werden, so etwa in Athen oder Rom. Grenzüberwachung durch Frontex-Patrouillen, «Abwehrwälle» zwischen Griechenland und der Türkei, zwischen Spanien und Marokko nach dem Vorbild der befestigten Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten und ausgelagerte Auffanglager wie jene in Libyen markieren die Konturen des europäischen Raums und etablieren die hierarchische Ordnung.

Die Landkarte der Migration und der Bürgerrechte

Seit kurzem erhält die EU-interne Migration eine verstärkte Aufmerksamkeit, insbesondere seit die Mobilität der Studierenden im Zuge der Bologna-Reformen ein hohes Ausmass erreicht hat: Der Qualitätsabbau in den Bildungssystemen, die zunehmende Verarmung als Folge der neoliberalen und Austeritätspolitik, die hohe Arbeitslosenrate bei Jugendlichen und vor allem die Erwartung besserer Lebensperspektiven haben entscheidend dazu beigetragen, dass hoch qualifizierte junge Arbeitskräfte in den Norden Europas auswandern. Vor diesem Hintergrund konnten Städte wie Berlin, London und Paris trotz Krise ihre hierarchische Position im globalen Rahmen festigen und hoch Qualifizierte aus anderen EU-Gebieten anlocken. Dies verbesserte die Verfügbarkeit der Arbeitskräfte in den Zentren und liess die Migrationsströme zu einem wichtigen Faktor der Restrukturierung der Städte werden: Die MigrantInnen sind selber aktive Triebkräfte, welche die neuen Lebensräume in Wert setzen, nachbarschaftliche Beziehungen und soziale Aktivitäten aufbauen und Solidaritätsnetzwerke schaffen, die indessen oft umgehend von Prozessen der Gentrifizierung erfasst werden. Die meisten dieser MigrantInnen, welche die Bevölkerung solcher Städte bereichern, stammen aus Ländern des Ostens und aus Mittelmeerländern. Beispielsweise bilden die ItalienerInnen die zweitgrösste Gruppe der migrantischen Bevölkerung Berlins, sie kommen gleich nach den TürkInnen.

Obwohl junge MigrantInnen zur Hauptsache ein mittleres oder hohes Qualifikationsniveau mitbringen, sind die meisten von ihnen, vor allem die aus Polen stammenden, in Sektoren mit tieferen Qualifikationsanforderungen beschäftigt.[9] Zudem hat die Migration aus den sogenannten postsozialistischen Ländern die historische Trennung zwischen West und Ost, lange Zeit verkörpert durch die Berliner Mauer, verschoben. Während die Trennmauer selbst schon vor Jahrzehnten gefallen ist, hält sich die immaterielle Unterscheidung zwischen dem «demokratischen» Westen und dem «totalitären» Osten weiterhin. Sie hat materielle Gestalt angenommen im Visa-System, das den Bevölkerungen der östlichen Länder einen Platz am unteren Ende der europäischen Hierarchie zuweist.[10] Diese interne Hierarchisierung im europäischen Raum gilt auch für MigrantInnen aus dem nördlichen Mittelmeerraum. Sie stützt sich auf eine diskriminierende Darstellung der jeweiligen «Nationalitäten» und auf die Segmentierung des Arbeitsmarktes. So entstand ein «mobiler Süden» bzw. «Osten» innerhalb der nördlichen Metropolen.

Gleichzeitig erhalten BürgerInnen der EU sehr unterschiedlichen Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Die rechtliche Fragmentierung, die dem Kolonialismus eigen war, wurde auch auf dem Territorium der EU eingeführt. Es wird nicht bloss zwischen Illegalen und BürgerInnen unterschieden, die EU-Bürgerschaft ist in sich ebenfalls fragmentiert. Obwohl sie formale Rechte besitzen, werden Angehörige einiger EU-Mitgliedsländer besonderen Mobilitätsregimes unterworfen und erhalten nur befristeten Zugang zu Bürgerrechten, wenn sie auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen und Perspektiven ihr Herkunftsland verlassen. So haben letztes Jahr Regierungen nordeuropäischer Länder davor gewarnt, Europa als Wohlfahrtsspender zu betrachten. Die schroffe Aussage «Europa ist keine Wohlfahrtsunion»[11] der deutschen Kanzlerin Angela Merkel hat keinen Zweifel daran gelassen, dass Massnahmen ergriffen würden, um die interne Migration zu steuern und zu segmentieren, wobei sie sich klar gegen jegliche Verknüpfung von Arbeit und Wohlfahrt, von Mobilität und sozialen Garantien, von Qualifikation und fairen Löhnen für MigrantInnen wandte. Der fortschreitende Ausschluss von Personen aus dem östlichen und aus dem Mittelmeerraum aus den Wohlfahrtssystemen der nördlichen Länder wirft ein besonderes Schlaglicht auf die rechtliche Fragmentierung der Bürgerschaftsrechte und auf die Grenzziehungen quer durch die Migrationsbevölkerung, ganz gleich ob es um EU- oder Nicht-EU-BürgerInnen geht. In diesem Sinne erweist sich die Politik gegenüber der Migration als Lackmustest, in dem sich künftige Formen und Strukturen des im Entstehen begriffenen europäischen Raums ankündigen. MigrantInnenbewegungen und hoch qualifizierte junge Leute haben auf die neoliberalen Programme und Wachstumstrategien in unterschied-

licher Weise geantwortet. Gegen die Politiken des globalen Nordens schufen sie selbstverwaltete Räume, formierten transnationale Beziehungsnetzwerke und begründeten breit abgestützte Widerstandspotenziale.

Mehr Autonomie und Gestaltungsprozesse

Während der sogenannte nicht globale Zyklus der sozialen Bewegungen die Effekte des Kapitalismus auf globaler Stufe zur Debatte stellte, indem er mobilisierende Ereignisse wie zum Beispiel weltweite «Gegengipfel» hervorbrachte, trieben einige Bewegungen nach 2008 den Widerstand gegen den Biokapitalismus[12] voran; sie taten dies auf lokaler Ebene, aber mit transnationalem Anspruch. Indessen stiessen Bewegungen, die den nationalen Raum zum primären Feld des Kampfes gegen die Austeritätspolitik machten, auf neue Formen der Machtausübung, die, obwohl auf nationalem Territorium installiert, auf Entscheidungen beruhen, die ausserhalb der Parlamente gefällt werden. Dies bedeutet nicht, dass der Nationalstaat all seine Macht oder Souveränität eingebüsst hätte, aber seine Rolle ist vollständig neu definiert worden als «technischer Beauftragter» für die Umsetzung von Troika-Diktaten, zuständig für die Eindämmung oder Niederschlagung von Unruhen, für die Durchsetzung neuer Ausbeutungsformen und für die Sicherstellung der privaten Aneignung öffentlicher Güter.[13] Die neue Geografie des zeitgenössischen Kapitalismus und die Reiserouten der MigrantInnen stellen zugleich neue Anforderungen an die Organisation und räumliche Verortung der Bewegungen, welche zumindest versuchen sollten, die vielfältigen Kämpfe im veränderlichen Gelände in einen «sinfonischen» Zusammenhang zu bringen.

In jüngster Zeit haben Bewegungen viel Energie darauf verwendet, sich zu reorganisieren auch mit Blick auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Bisher gab es verschiedene Beispiele von Streiks und radikalen Aktivitäten nicht nur auf nationaler Ebene. Der Einfluss des Widerstandspotenzials der Leute ist aber kleinräumig geblieben. Zudem wurde in verschiedenen Etappen der Bewegungen versucht, Proteste auf andere Teile der Gesellschaft auszuweiten, indem sie die fortschreitende Zerstörung des Wohlfahrtssystems, die Schuldenlast und die Prekarisierung thematisierten und ihre Aktionen auf Gemeingüter, Technologiepolitik, Gegenseitigkeit, Bürgerschaft und Selbstverwaltung in der Produktion ausrichteten. Dabei bleibt es nicht bei isolierten Erfahrungen, ganz im Gegenteil konvergieren die Ansprüche, formieren sich gemeinsame Widerstandspotenziale und werden Praktiken geteilt. Themen wie Gemeinwohl und Gemeinschaftsgüter stehen im Zentrum vieler politischer Debatten und intellektueller Analysen. Vielfältige Erfahrungen führten zur Einschätzung, dass Gemeingüter für die kapitalistische Aneignung nicht verfügbar sein dürfen.[14] Güter wie Wasser, Bildmaterial, Wissen, soziale

Dienste oder digitale Daten müssen in diesem Sinne der privaten Verfügungsgewalt entzogen und der gemeinschaftlichen Nutzung zugänglich gemacht werden. Gemäss diesem Ansatz stehen Gemeingüter jenseits der Dichotomie von öffentlich und privat, was die Frage nach der Nutzung, anstelle des Eigentumswerts, und dem rechtlichen Status der Gemeingüter aufwirft.

Die Besetzung von Theatern und Kinos in Italien eröffnete demokratische Räume für Selbstverwaltung und kulturelles Schaffen.[15] Dabei fungieren BesetzerInnen und UnterstützerInnen als vorübergehende EigentümerInnen und SchöpferInnen von Kunst und Wissen, sie sind verbunden durch kooperative Beziehungen und kollektive Entscheidungen. Die Kampagne und der Erfolg des Referendums für kostenloses Wasser im öffentlichen Besitz vermochten breite Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren; diese erkannten, dass Gemeingüter dem Privateigentum zu entziehen und demokratischer Entscheidung zu unterstellen sind und dass sie nicht dem Management des neoliberalen Staats überlassen werden dürfen. Beide Experimente, die Besetzungsaktionen und das Referendum, zeigten modellhaft, wie wirkliche Demokratie und Gestaltungsprozesse «von unten» funktionieren können. Gleichzeitig machten die Aktionen der spanischen «acampadas»[16] den Mangel an Demokratie und strukturierten Entscheidungsprozessen zu ihrem Hauptthema, wobei sie Technopolitik als Instrument einer sozial verändernden Praxis gemeinsam nutzten, was erlaubte, geografische Grenzen zu überschreiten, sich besser zu organisieren und die Begeisterung unter den Teilnehmenden zu teilen.

Soziale Netzwerke sind bei solchen Aktionen nicht bloss immaterielle und individualistisch organisierte Räume ohne Realitätsbezug, es sind vielmehr intermediäre Bereiche, die zum einen Aktionen und Demonstrationen aufeinander abstimmen und zum anderen das politische Subjekt der Handelnden kollektiv unterstützen können. Technopolitik ist ein wirksames Mittel der Organisation und des Selbst-Empowerments, das nationale Grenzen überschreitet und auf andere Organisationen überspringt und so zu einem grundlegenden Prozess kollektiver Entscheidungsfindung beiträgt.

Prekarität – Umwälzung der Lohnarbeit

Wenn räumliche Bezüge veränderbar sind und die Migration es erlaubt, unterschiedliche Subjektivitäten auf demselben Territorium zusammenzubringen, besteht die Herausforderung darin, mit flexiblen Instrumenten die Lebensbedingungen der Leute zu beeinflussen. Die auf Gegenseitigkeit beruhenden Experimente zur Bewältigung von Prekarität liefern dafür gute Beispiele. Projekte wie Prekär Café in Wien und CLAP in Rom[17] sind wertvolle Versuche, welche die Umwälzungen im Bereich der Lohnar-

beit ins Zentrum stellen. Mit Beratungseinrichtungen für Rechtsfragen, etwa bei der Organisation von Kämpfen und Streiks, mit Anlaufstellen für die Probleme von MigrantInnen – EU- und Nicht-EU-BürgerInnen – tragen sie zur Kooperation unter PrekärarbeiterInnen gleich welcher Nationalität bei und schaffen so Grundlagen für einen neuen Unionismus. Denn die klassischen Gewerkschaften, entstanden im Zeitalter des Fordismus, haben nicht erkannt, dass sie für das gegenwärtige System der Arbeit nicht mehr geeignet sind, weil es heute mehr prekäre als gesicherte Arbeitsstellen gibt und Migration eine entscheidende Rolle spielt. Die Gewerkschaften sind nicht mehr in der Lage, ArbeiterInnen zu verteidigen und ihre Interessen, Bedürfnisse und politischen Kulturen zu vertreten, und vor allem haben sie sich vollständig auf die neoliberalen und Austeritätsprogramme ausgerichtet und auf die Diktate der Troika falsch reagiert. Eine wirksame Abkehr vom Prozess der Verarmung setzt voraus, dass man eine klar ablehnende Haltung einnimmt gegenüber jeglicher Politik, welche die soziale Produktivität[18] gering schätzt und die kulturelle Bedeutung der jüngsten, mobilsten und aktivsten Gruppen der Gesellschaft missachtet.

Die Situation der MigrantInnen zeigt exemplarisch die Verbindung zwischen dem rechtlichen Status und den wirtschaftlichen Hierarchien: Tiefe Löhne und Temporärarbeit sind aufs Engste verknüpft mit einer fragmentierten Bürgerschaftsdefinition. Sogar in jenen Fällen, wo das Gesetz Rechte anerkennt, etwa im Fall von Flüchtlingen, werden Betroffene von einer feindseligen Gesellschaft und den Institutionen in isolierte Räume verwiesen, wo sogar Grundbedürfnisse verweigert werden, wo die Wartezeiten bis zur Anerkennung des Flüchtlingsstatus extrem lang sind und beschwerliche bürokratische Abläufe herrschen. Selbstorganisation ist daher die Antwort auf den Mangel an Unterstützung und adäquaten Strukturen, und sie schafft autonome Räume, die der Wohltätigkeitskultur («Hilfe für die Elenden»), der Unterwerfung und Separierung in Migrantenunterkünften entzogen sind.[19] Die jüngsten Proteste in Europa – vom Marsch der Flüchtlinge für Bewegungsfreiheit nach Brüssel bis zu den Solidaritätsdemos in der Ohlauer Strasse in Berlin, von den Grenzüberschreitungen in Ceuta bis zu den Protesten in den Haftzentren für Asylsuchende[20] – bekämpfen die Mobilitätsregimes und die Fragmentierung des Bürgerschaftsstatus und tragen die Kämpfe mitten in die EU-Machthierarchie hinein. Ziel ist, die Aktionen der Nicht-EU-MigrantInnen mit den Protesten der EU-internen MigrantInnen zu verbinden, die in den nördlichen Teilen Europas gegen das System des abgestuften Zugangs zu Rechten ankämpfen.[21]

Als letztes Beispiel möchte ich die Fabrikbesetzungen anführen, die weltweit an verschiedenen Orten stattfinden. Der Abbau von Produktionsstandorten, ausgelöst durch die neoliberalen Restrukturierungsprogramme oder

durch Gentrifizierungsprozesse in Metropolen, hat Initiativen selbstverwalteter Produktion ausgelöst. Seit der Krise von 2001 wurden in argentinischen Unternehmen erste Erfahrungen dieser Art gesammelt, und nach 2007/2008 breiteten sich Fabrikbesetzungen weiter aus, wie die Beispiele in Thessaloniki, Rom, Marseille, Mailand und Istanbul zeigen.[22] Ansätze wie die Rekonversion bisheriger Produktionslinien, Wiederverwendung und Recycling oder die Einführung von Teamarbeit in der Fabrikorganisation belegen die Möglichkeiten der Selbstverwaltung im Sinne der Nachhaltigkeit, der Gegenseitigkeit und der Kooperation. Zudem sind mit den Besetzungsaktionen transnationale Netzwerke entstanden, die es ermöglichen, Erfahrungen auszutauschen, Solidarität aufzubauen, aber auch den Vertrieb europaweit zu organisieren und Probleme im Zusammenhang mit Eigentumsrechten anzugehen – dies ein weiterer Beleg für die zentrale Bedeutung des neu zu regelnden rechtlichen Status von Gemeingütern.[23]

Auf der Grundlage dieser Erfahrungen entsteht ein gemeinsamer Bezugsrahmen für koordinierte Aktionen, denen die Vision eines föderativen Aufbaus zumindest auf europäischer Ebene zugrunde liegt, ohne jede eurozentrische Fixierung. Es geht darum, solche Experimente zu vervielfachen in einem schöpferischen Prozess, der zu einem neuen «vielsprachigen Lexikon der Politik»[24] führt und die Bewegungen befähigt, im europäischen Raum zu intervenieren und mit Problemen dieser Grössenordnung klarzukommen.

Aus dem Englischen von Walter Schöni

Anmerkungen

1 DeLong, James Bradford, 2013: The Second Great Depression. Why the Economic Crisis Is Worse Than You Think. In: Foreign Affairs, July/August. www.foreignaffairs.com/articles/139464/j-bradford-delong/the-second-great-depression (Abfrage 30.5.2014).

2 Ong, Aihwa, 2006: Neoliberalism as exception. Mutations in citizenship and sovereignty. Durham.

3 Balibar, Étienne, 2011: Europe's revolution from above. The EU's new technostructures are embarking on a strategy to protect the euro that could fundamentally change its institutions. In: The Guardian, 23.11. www.theguardian.com/commentisfree/2011/nov/23/europe-revolution-from-above (Abfrage 30.5.2014).

4 Dies ist eine Vereinfachung, die dem begrenzten Platz geschuldet ist. Es lohnt sich aber zu erwähnen, dass dasselbe Deutschland die höchste Armutsrate aufweist, obwohl es als «Lokomotive Europas» gilt.

5 «Les Europes en deçà de l'Europe». [Im Original]

6 Hall, Stuart, 2006: Black Diaspora Artists in Britain: Three «Moments» in Post-War History. In: History Workshop Journal, Spring, Oxford, 1–24.

7 Rigo, Enrica, 2007: Europa di confine. Trasformazioni della cittadinanza nell'Unione allargata. Roma; Quijano, A., 2000: Coloniality of Power, Eurocentrism, and Latin America. In: Nepantla. Views from the South, Vol. 1, No. 3, Baltimore, 533–580.

8 Mellino, Miguel, 2008: Cittadinanze postcoloniali. Appartenenze, razza e razzismo in Europa e in Italia. Rom; Mezzadra, Sandro, 2008: La condizione postcoloniale. Storia e politica nel presente globale. Verona.

9 Zaiceva, Anzelika / Zimmermann, Klaus F., 2008: Scale, Diversity, and Determinants of Labour Migration in Europe. In: Study of Labor, IZA, Discussion Paper 3595.

10 Cherepanyn, Vasyl, 2014: L'altro lato dell'Europa. In: Bernardi, C. / Brancaccio, F. / Festa, D. / Mennini, B. M. (Hg.): Dalle pratiche del comune al diritto alla città. Mailand.

11 Seiffert, Jeanette, 2014: Merkel's EU is not a social welfare union. In: Deutsche Welle, 23.5. www.dw.de/merkels-eu-is-not-a-social-welfare-union/a-17656430 (Abfrage 25.6.2014).

12 Das Konzept des Biokapitalismus bezieht sich auf einen biokapitalistischen Prozess der Akkumulation, der nicht nur Wissen ausbeutet, sondern auch umfassende menschliche Fähigkeiten. Morini, Cristina / Fumagalli, Andrea, 2010: Life put to work: Towards a life theory of value. In: Ephemera Journal, Vol. 10, Nr. 3/4, 234–252. www.ephemerajournal.org/sites/default/files/10-3morinifumagalli.pdf (Abfrage 28.8.2014).

13 Harvey, David, 2003: The New Imperialism. Oxford.

14 Als Beispiel für die von Bewegungen geführten Diskussionsstränge sei erwähnt: «El Nuevo Rapto de Europa». http://chartereuropa.net/wiki/The_New_Abduction_of_Europe_-_Struggling_for_the_commons_in_Europe.

15 Aktuelle Beispiele von besetzten Theatern und Kinos: Nuovo Cinema Palazzo in Rom, www.nuovocinemapalazzo.it; Macao in Mailand, www.macaomilano.org; L'asilo in Neapel, www.exasilofilangieri.it (Abfrage 28.8.2014).

16 Gemeint sind die Proteste in Spanien 2011/12 gegen soziale und wirtschaftliche Missstände und die Krisenpolitik der Regierung, wobei die Protestbewegung öffentliche Plätze durch wildes Campieren lahmlegte. [Anm. d.Übers.]

17 CLAP, www.clap-info.net; Prekär Café, www.cafe.prekaer.at.

18 Der Begriff der sozialen Produktivität bezieht sich auf die Idee des «Schaffens sozialer Überschüsse in Form von kooperativer Interaktivität durch sprachliche, kommunikative und affektive Netze»; impliziert einen radikalen Wandel, gekennzeichnet durch «Einbeziehen von Wissenschaft, Kommunikation und Sprache in die Produktivitätskraft» sowie durch «lebenswichtige Beziehungen, die sich im direkten produktiven Austausch bilden». Hardt, Michael / Negri, Antonio, 2000: Empire, Cambridge.

19 Vgl. die Nachforschungen von AktivistInnen zu InfoMigrante, Center of self-defense of migrants' rights, in den Unterkünften rund um Rom: www.youtube.com/watch?v=9DcVBC0ou9c#t=98; www.infomigrante.wordpress.com (Abfrage 25.8.2014).

20 Näheres dazu: www.thecaravan.org; http://fels.nadir.org/de; www.avanti-projekt.de (Abfrage 30.5.2014).

21 Näheres zu Armut und Wohlfahrtssystem in Deutschland: www.euronomade.info/?p=2768 (Abfrage 30.5.2014).

22 Links zu einigen besetzten Unternehmen in Europa: Vio.Me (Thessaloniki), www.viome.org; Fralib (Marseille), www.fralib.fr; Officine Zero (Rom), www.officinezero.it; Rimaflow (Mailand), www.rimaflow.it (Abfrage 28.8.2014).

23 Castronovo, Alioscia / Gigliarelli, Elisa, Empresas recuperadas en el espacio Euromediterraneo. In: Diagonal Periodico. www.diagonalperiodico.net. Die Website Workers Control sammelt Texte und Essays über besetzte Betriebe. www.workerscontrol.net (Abfrage 30.5.2014).

24 Die Autorin spricht von «a new lexicon of politics in heterolingual language». [Anm. d.Übers.]